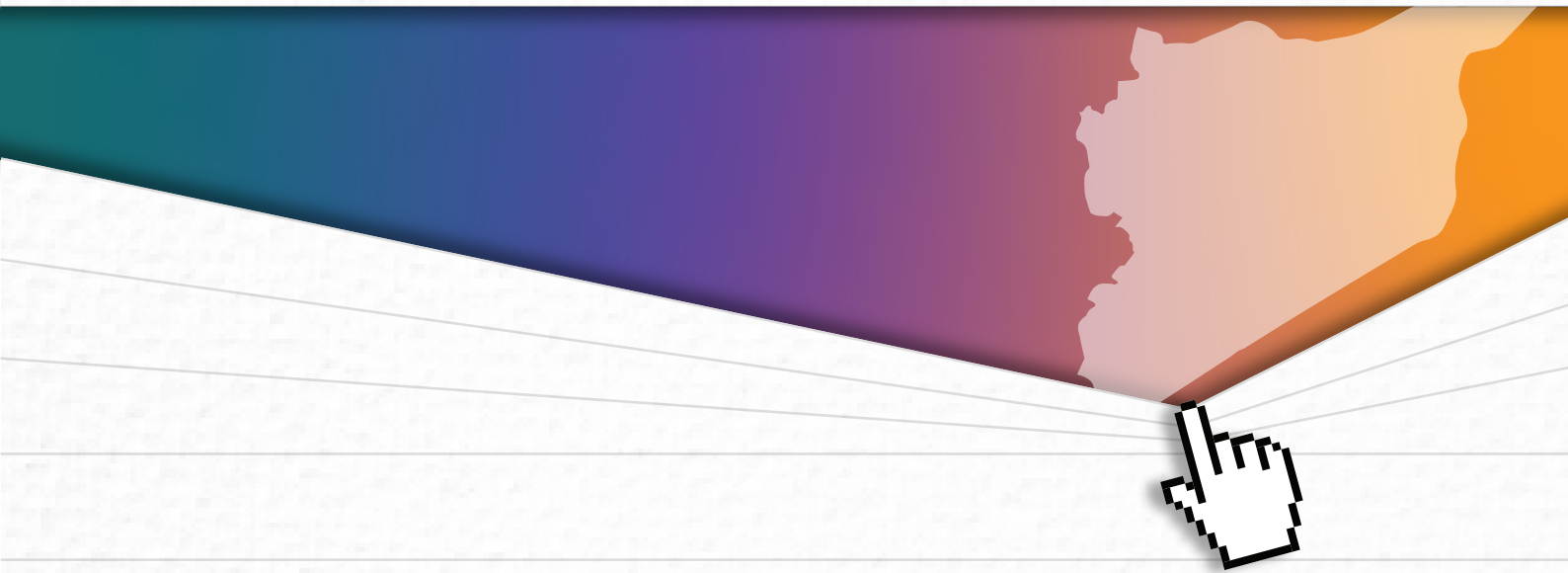


Politische Perspektiven junger Syrer:innen

Eine Analyse der gegenwärtigen politischen Lage mit Schwerpunkt auf
Minderheitenrechte, Dezentralisierung und Demokratisierung



**2025
Dezember**

Pauline Ertel, Sarah Gubitz & Eva Savelsberg

Europäisches Zentrum für Kurdische Studien
European Center for Kurdish Studies



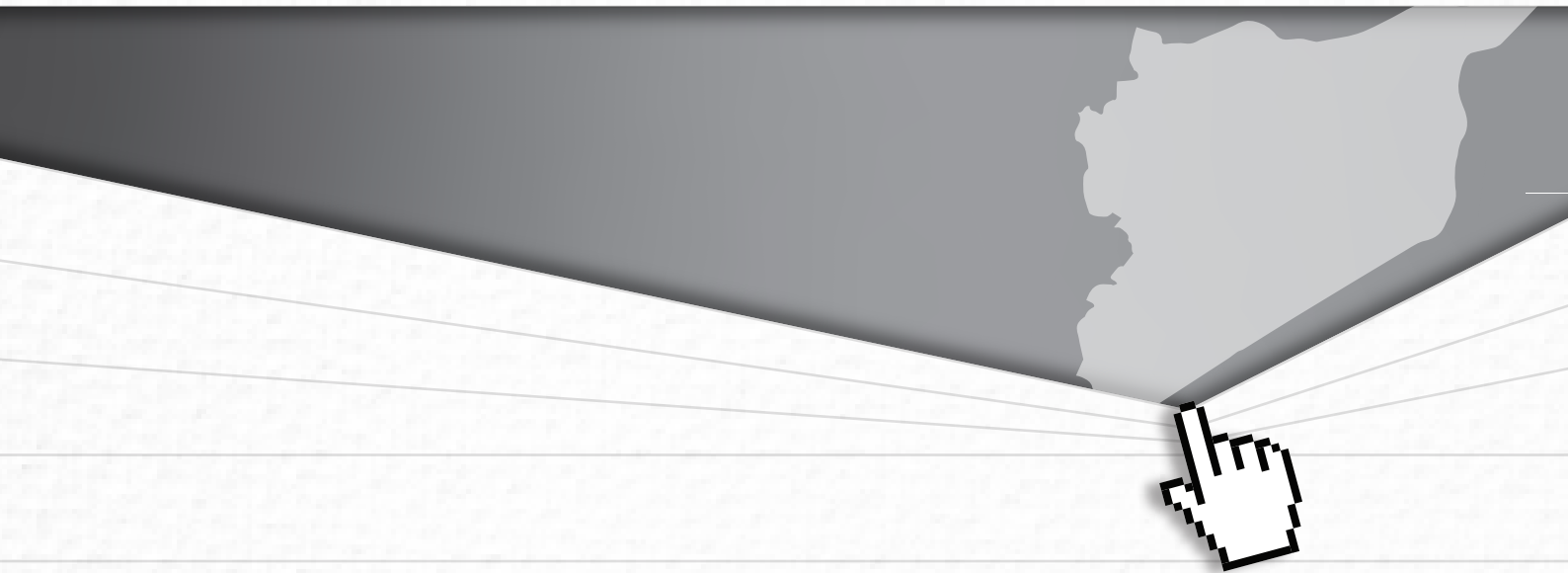
Auswärtiges Amt



Institut für
Auslandsbeziehungen

Politische Perspektiven junger Syrer:innen

Eine Analyse der gegenwärtigen politischen Lage mit Schwerpunkt auf
Minderheitenrechte, Dezentralisierung und Demokratisierung



Yes for Peace“ wird aus Mitteln des Auswärtigen Amtes durch das ifa (Institut für Auslandsbeziehungen), Förderprogramm zivik gefördert



Auswärtiges Amt



Institut für
Auslandsbeziehungen

Politische Perspektiven junger Syrer:innen

Eine Analyse der gegenwärtigen politischen Lage mit Schwerpunkt auf Minderheitenrechte, Dezentralisierung und Demokratisierung

Pauline Ertel, Sarah Gubitz & Eva Savelsberg

Einleitung

Ende 2024 eroberten *Hayat Tahrir al-Sham* (HTS) und ihre Verbündeten zunächst Aleppo und innerhalb weniger Tage alle größeren Städte Syriens, darunter auch Damaskus. Die meisten Syrer:innen waren zu Beginn hoffnungsvoll: eine Diktatur wurde gestürzt, die dem Land und seinen Menschen über Jahrzehnte Zerstörung, Krieg und Leid gebracht hatte.

Die Bildung einer Übergangsregierung, die von vielen als wenig inklusiv wahrgenommen wurde, die Verabschiedung einer Verfassungserklärung, die den Übergangspräsidenten mit erheblicher Macht ausstattet und Gewaltenteilung weitgehend vermissen lässt sowie die Beteiligung von Angehörigen der HTS an den Übergriffen gegenüber Alawit:innen und Drus:innen in der ersten Jahreshälfte 2025 lässt jedoch viele Syrer:innen, insbesondere Angehörige von Minderheiten, mit zunehmender Skepsis auf die politische Entwicklung blicken (Savelsberg et al., 2025: 10).

Eine Gruppe, die bis zum Regimesturz wenig wahrgenommen wurde, sind junge Syrer:innen. Im *Syrian Constitutional Committee*, das die Vereinten Nationen 2018 zur Entwicklung einer neuen syrischen Verfassung ins Leben riefen, waren junge Menschen nicht angemessen repräsentiert (Savelsberg und Hajo, 2024: 10–11). Das Durchschnittsalter der Mitglieder lag zwischen 50 und 60 Jahren, keines der Mitglieder war unter 30 Jahre alt (Barisch und El-Gamal, 2021: 18). Dies ist auch deshalb irritierend, weil Syrien ein junges Land ist: Das *World Population Review* von 2025 benennt das Medianalter der weiblichen syrischen Bevölkerung mit 25,24 Jahren und der männlichen syrischen Bevölkerung mit 24,39 (World Population Review, 2025). Obgleich es junge Menschen waren, die die syrische Revolution begonnen haben, und obgleich sie es sind, die mit vereinbarten Friedensabkommen am längsten leben müssen, waren junge Menschen bis Dezember 2024 kaum in den politischen Prozess eingebunden. Bis heute wissen wir daher relativ wenig über ihre Wünsche und Vorstellungen zur Zukunft Syriens.

Diese Studie bietet einen ersten Überblick, wie Syrer:innen im Alter von 20 bis 35 Jahren die politische Lage in Syrien einschätzen. Welche Themen sind ihnen besonders wichtig? Welche Positionen vertreten sie zu Partizipation, Dezentralisierung, Gewaltenteilung und Minderheitenrechten? Fühlen sie sich von der Übergangsregierung repräsentiert? Insbesondere interessiert uns dabei auch die Frage, ob und welche Unterschiede es zwischen jungen Menschen verschiedener ethnischer Zugehörigkeit und Konfession gibt.

Unsere Erhebung hat nicht den Anspruch, ein repräsentatives Bild der Meinungen junger Syrer:innen in Syrien zu formulieren. Vielmehr geht es darum, potentiell wegweisende Trends und Strukturen zu erkennen, auf denen zukünftige Studien aufbauen können.

Meinungsbild während des Krieges

Der Krieg in Syrien hat einer ganzen Generation von Syrer:innen die Jugend genommen. Junge Menschen, die heute zwischen 20 und 35 Jahre alt sind, waren zu Beginn des Krieges 2011 sechs bis 21 Jahre. Meilensteine auf dem Weg ins Erwachsenenleben wie der Schulabschluss, der Einstieg ins Berufsleben oder die Gründung einer Familie wurden durch Zerstörung, Tod, Flucht, finanzielle Not und weitere Folgen des Krieges erschwert. Eine Studie des Internationalen Roten Kreuzes von 2021, *A Decade of Loss: Syria's Youth After Ten Years of Crisis* (ICRC, 2021), verdeutlicht die Auswirkungen des Krieges auf die junge Generation. Eine Umfrage unter 1.400 Syrer:innen im Alter von 18 bis 25 Jahren, von denen 800 in Syrien, 400 im Libanon und 200 in Deutschland lebten, zeigt, dass acht von zehn der Befragten Zeiten erlebt haben, in denen sie keinen oder nur sehr begrenzten Zugang zur Befriedigung von Grundbedürfnissen hatten (ICRC, 2021: 4). Zwei Drittel waren gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und mehr als die Hälfte musste ihre Ausbildung unterbrechen. Unter den jungen Männern wurde jeder Siebte während des Kriegs verwundet (ICRC, 2021: 4).

Die 2019 veröffentlichte Studie *Youth Empowerment in Northern Syria – Field Research*, durchgeführt von der in Nordsyrien aktiven Nichtregierungsorganisation *Local Development Organization* (LDO), beschäftigte sich mit politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation junger Menschen. Aus Interviews mit 16 Expert:innen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen geht hervor, dass begrenzte Kenntnisse über politische Rechte und Pflichten sowie der Einfluss extremistischer Gruppen Grund für geringes politisches Bewusstsein und politische Beteiligung sind (Local Development Organization, 2019: 11–12). Ein Mangel an *Governance* innerhalb zivilgesellschaftlicher Organisationen, mangelnde Vielfalt und mangelnde Wirksamkeit

der Berufsgewerkschaften waren Gründe dafür, dass „politische Kenntnisse und Praktiken immer weiter an Bedeutung verlieren“. (Local Development Organization, 2019: 12) Auch schwierige wirtschaftliche Bedingungen führen der Studie zufolge zu geringer politischer Teilhabe. Junge Menschen sind demnach eher damit beschäftigt, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, als sich politisch oder sozial auf kommunaler Ebene zu engagieren. (Local Development Organization, 2019: 11)

Eine Studie des Mercy Corps von 2019, *Adolescence Lost: Forced Adulthood and a Fragile Future for Syria's Next Generation* gibt Einblicke, wie syrische Identität durch den Krieg beeinflusst worden ist. Auf der Grundlage von Fokusgruppeninterviews mit 227 syrischen Jugendlichen zwischen 14 und 19 Jahren aus fünf syrischen Provinzen – Aleppo, Hasaka, Hama, Homs, und Idlib – wird festgestellt, dass junge Menschen sich trotz des Krieges mit ihrem Land identifizieren (Chen et al., 2019: 7). Nichtsdestotrotz äußert eine kleine Anzahl von Jugendlichen das Gefühl, sich weniger „syrisch“ zu fühlen als zuvor oder frustriert darüber zu sein, wie „syrisch sein“ von der Außenwelt während des Krieges wahrgenommen wurde. Dies führt zu Scham und Traurigkeit. (Chen et al., 2019: 25)

Eine weitere Studie, *Syrians' Perceptions on the Concept and Implementation of Decentralization* der NGO *The Day After*, untersucht die Ansichten von Syrer:innen zum Konzept der Dezentralisierung und wie sich Dezentralisierung in Zukunft auf Politik, Gesellschaft und Regierungsführung auswirken könnte. Von 2.500 Befragten waren 23,3 % zwischen 18 und 25 und 40 % zwischen 26 und 39 Jahre alt (The Day After, 2022: 6). Die Antworten junger Menschen werden allerdings nicht explizit ausgewiesen. Im Gegensatz zu vielen anderen Untersuchungen differenziert die Studie jedoch an vielen Stellen zwischen arabischen und kurdischen Respondent:innen.

The Day After kommt zu dem Ergebnis, dass Syrerinnen und Syrer, unabhängig von ihrer ethnischen und religiösen Identitätszugehörigkeit oder ihrem Wohnort, die Einführung von Dezentralisierung in Syrien sowie deren politische und soziale Auswirkungen auf die Regierungsführung in der Nachkriegszeit in hohem Maße befürworten. Es bestehe zudem Einigkeit darüber, dass Dezentralisierung nicht eng ausgelegt werden solle. Neben ihrer Funktion in Verwaltung und im Bereich Dienstleistungen wird sie als wesentlich für die Erleichterung eines demokratischen Übergangs, breiterer politischer Vertretung und gesellschaftlicher Teilhabe sowie als hilfreich für Stabilisierung und Friedenskonsolidierung betrachtet. (The Day After, 2022: 63) Weiter unten werden wir einzelne Erkenntnisse der Studie mit unseren Ergebnissen vergleichen.

Meinungsbild nach dem Regimesturz

Zwischen Juli und August 2025 befragten das *Arab Center for Research and Policy Studies* und das *Arab Center for Contemporary Syria Studies* in einer landesweiten Studie 3.690 Syrer:innen zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Themen. Im September 2025 wurden die Ergebnisse veröffentlicht. Bei den Antworten wird nicht zwischen Befragten unterschiedlicher Alterskohorten unterschieden. Auch Differenzierungen hinsichtlich unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser Zugehörigkeit und in Bezug auf das Geschlecht lassen sich der Studie nicht entnehmen.

Insgesamt 80 % der Befragten hatten Interesse an politischen Themen, nur 18 % gaben an, überhaupt kein Interesse an Politik zu haben (Arab Center Washington DC, 2025: Absatz 2). Während 47 % angaben, dass die Regierung alle Syrer:innen rechtlich gleich behandelt, waren 12 % der Auffassung, dass es keine rechtliche Gleichbehandlung gebe. Weitere 30 % vertraten die Meinung, dass die Regierung bestimmte Gruppen bevorzuge. (Arab Center Washington DC, 2025: Abbildung 2b). Mehr als die Hälfte der Befragten stimmte zu, dass es der Regierung gelungen sei, die Menschenrechte zu achten, die Bürger:innen zur Teilnahme am politischen Dialog zu ermutigen, die Meinungsfreiheit zu gewährleisten und das Recht auf Versammlungsfreiheit zu respektieren. Umgekehrt sah die Mehrheit Versäumnisse der Regierung bei der Gewährleistung des politischen Pluralismus, der Beseitigung von Diskriminierung zwischen den Bürger:innenn und der Rechenschaftspflicht hochrangiger Regierungsbeamter. (Arab Center Washington DC, 2025: Abbildung 2f) Des Weiteren stimmten 60 % der Befragten zu, dass Demokratie trotz Problemen besser sei als andere Regierungssysteme; 20 % stimmten dem nicht zu. (Arab Center Washington DC, 2025: Abbildung 3a)

Die Befragten vertraten unterschiedliche Positionen, welche Faktoren wichtig für die Herausbildung einer nationalen Identität sind: 19 % waren der Meinung, dass der wichtigste Faktor eine gemeinsame syrische Kultur ist, gefolgt von der arabischen Sprache (17 %), dem Leben in Syrien (10 %), der sozialen und kulturellen Vielfalt (9 %) und dem Islam (8 %). (Arab Center Washington DC, 2025: Absatz 4) Zudem gaben 85 % der Befragten an, dass „konfessionelle Rhetorik“ weit verbreitet sei. 84 % waren der Ansicht, dass Syrer:innen sich selbst und andere anhand ihrer konfessionellen und religiösen Zugehörigkeit definieren (Abbildung 4b), wobei 42 % die Meinung vertraten, dass diese Haltung im Vergleich zum Vorjahr zugenommen hat. (Arab Center Washington DC, 2025: Abbildung 4c) 83 % der Befragten waren der Ansicht, dass Diskriminierung aufgrund von Konfession und Religion weit verbreitet sei. (Arab Center Washington DC, 2025: Absatz 4, Abbildungen 4b und 4c)

Die Studie fragt nicht, inwieweit Diskriminierung aufgrund der Ethnizität verbreitet ist. Die Befragten gaben jedoch mit einer Zustimmung von 74 bis 78 % an, dass es ihnen nichts ausmache, wenn ihre Nachbar:innen aus anderen Regionen stammen, als sie selbst, einer anderen Religion oder Konfession angehören oder anderer ethnischer Herkunft sind. Insgesamt 13 % der Befragten erklärten, nicht mit Angehörigen anderer ethnischer Herkunft zusammenleben zu wollen. (Arab Center Washington DC, 2025: Abbildung 4f)

Eine Studie der in Damaskus ansässigen Nichtregierungsorganisation ETANA vom Mai 2025, *Public Opinion on Syria's Transition*, hat jeweils 100 Personen aus allen 14 syrischen Provinzen, also insgesamt 1.400 Personen, zum Übergangsprozess in Syrien befragt. Insgesamt 40 % der Befragten sind zwischen 18 und 30 Jahre alt – allerdings wird nur an einer Stelle zwischen Angehörigen verschiedener Altersklassen differenziert. Unterschieden wird hingegen zwischen Sunnit:innen (diese machen 68 % aller Befragten aus) und Angehörigen religiöser und ethnischer Minderheiten. Hier werden Ismaelit:innen, Jesid:innen, Alawit:innen, Drus:innen, Christ:innen und Schiit:innen genannt. Einmal davon abgesehen, dass in Frage gestellt werden kann, inwiefern hier überhaupt ethnische und nicht ausschließlich religiöse Minderheiten aufgeführt sind, wirft die Auswahl die Frage auf, weshalb Kurd:innen als größte ethnische Gruppe jenseits der arabischen Bevölkerungsgruppe nicht separat ausgewiesen werden. Vermutlich wurden sunnitische Kurd:innen unter „Sunnit:innen“ subsumiert. Die Studie verzichtet somit darauf, mögliche Unterschiede zwischen kurdischen und arabischen Sunnit:innen zu untersuchen.

Insgesamt fällt auf, dass die Zufriedenheit mit der Übergangsregierung unter Sunnit:innen deutlich höher ist als unter den oben genannten Minderheitengruppen. So sind etwa 87 % der sunnitischen Befragten generell optimistisch, was die Entwicklung in Syrien anbelangt, aber nur 45 % aller anderen Religionsangehörigen. 86 % aller Sunnit:innen sind zufrieden mit der Art und Weise, in der Ahmed Al-Sharaa bisher die Übergangsphase gemanagt hat – aber nur 40 % aller anderen Personen. Auffällig ist hier, dass 76 % aller Personen zwischen 18 und 30 Jahren zufrieden sind, während die Zufriedenheitswerte aller anderen Altersgruppen geringer ist, d. h. zwischen 65 % und 69 % liegt – mit 69 % bei der zweitjüngsten Alterskohorte, den Befragten zwischen 31 und 45 Jahren. Weiterhin sind 81 % der Sunnit:innen der Auffassung, dass die Übergangsregierung ihre Interessen vertritt, aber nur 23 % der Angehörigen der anderen Gruppen. 59 % der befragten Sunnit:innen unterstützen zudem die Übergangsverfassung – unter den aufgeführten religiösen Minderheiten sind es nur 10 %. Auffällig ist hier in beiden Gruppen der hohe Anteil (jeweils um die 30 %) von Personen, die angeben, dies nicht zu wissen. Auch bei der Frage, ob Frauenrechte von den neuen Behörden geschützt und unterstützt werden, liegen Sunnit:innen und Angehörige anderer Religionsgruppen weit auseinander: 79 %

der sunnitischen Befragten, aber nur 16 % der Befragten aller anderen religiösen Gruppen beantworten diese Frage mit „Ja“. (ETANA Syria, 2025)

Wie bereits erwähnt, wäre es interessant gewesen, zusätzlich zwischen arabischen und kurdischen Sunnit:innen zu unterscheiden – die Ergebnisse unserer Studie legen nahe, dass insbesondere arabische Sunnit:innen mit der Übergangsregierung und den politischen Entwicklungen zufrieden sind.

Methodologie

Um ein möglichst breites Meinungsbild junger Syrer:innen zu erhalten und den Zugang zur Umfrage möglichst niedrigschwellig zu gestalten, haben wir unseren Fragebogen insbesondere über Social-Media-Kanäle geteilt. Er war vom 13. August 2025 bis zum 10. Oktober 2025 online verfügbar. Zudem teilten verschiedene syrische Nichtregierungsorganisationen, die Teil des Netzwerks des Europäischen Zentrums für Kurdische Studien sind, die Studie mit ihren jeweiligen Multiplikator:innen. Teilnehmer:innen aus dem laufenden EZKS-Projekt *YES for Peace – Young Engaged Syrians Making their Voices Heard* halfen ebenfalls bei der Verbreitung.

Insgesamt haben 430 Personen an der Umfrage teilgenommen. Ein Teil der Fragebögen konnte jedoch nicht ausgewertet werden, da entweder nicht alle Fragen beantwortet wurden, der/die Teilnehmer:in älter als 35 oder jünger als 20 Jahre alt oder nicht in Syrien wohnhaft war. Zudem stellte sich heraus, dass „Qualtrics“, das System, über welches die Umfrage aufgesetzt wurde, in Syrien nur über VPN zugänglich war. Dies gilt auch für zahlreiche andere Tools zur Datenerhebung. Ein erheblicher Teil der nicht vollständig beantworteten Fragebögen dürfte auf dieses Problem zurückzuführen sein. Insgesamt konnten 252 der 430 Fragebögen berücksichtigt werden.

Der Fragenkatalog (siehe Anlage 1) deckt inhaltlich vier verschiedene Schwerpunkte ab. Im ersten Teil werden die Teilnehmer:innen zu ihrem Wohnort, ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit sowie ihrem beruflichen Hintergrund befragt. Im zweiten Teil erhebt die Studie Daten zur politischen Beteiligung: Ob und wo sich die Befragten engagieren, ob sie sich von der Übergangsregierung repräsentiert fühlen und wie das aktuelle soziale, kulturelle oder politische Angebot für Beteiligungsmöglichkeiten je nach Wohnort aussieht. Der dritte Teil der Umfrage erfragt Positionen zu Demokratisierung und Machtteilung im Allgemeinen, während der vierte Teil sich auf die Themen Frauenrechte, Quotensysteme, Sprachrechte und Föderalismus konzentriert.

Unsere Befragung ist aus verschiedenen Gründen nicht repräsentativ: So ist we-

der die Gesamtzahl der Befragten ausreichend groß, noch konnte ihre gleichmäßige Verteilung über ganz Syrien gewährleistet werden. Nicht systematisch erhoben wurde zudem der sozioökonomische Hintergrund der Befragten. Vor dem Hintergrund, dass die Studie fast ausschließlich online durchgeführt wurde, konnten zudem nur relativ gebildete Personen erreicht werden, die Positionen (funktionaler) Analphabet:innen wurden nicht erreicht.

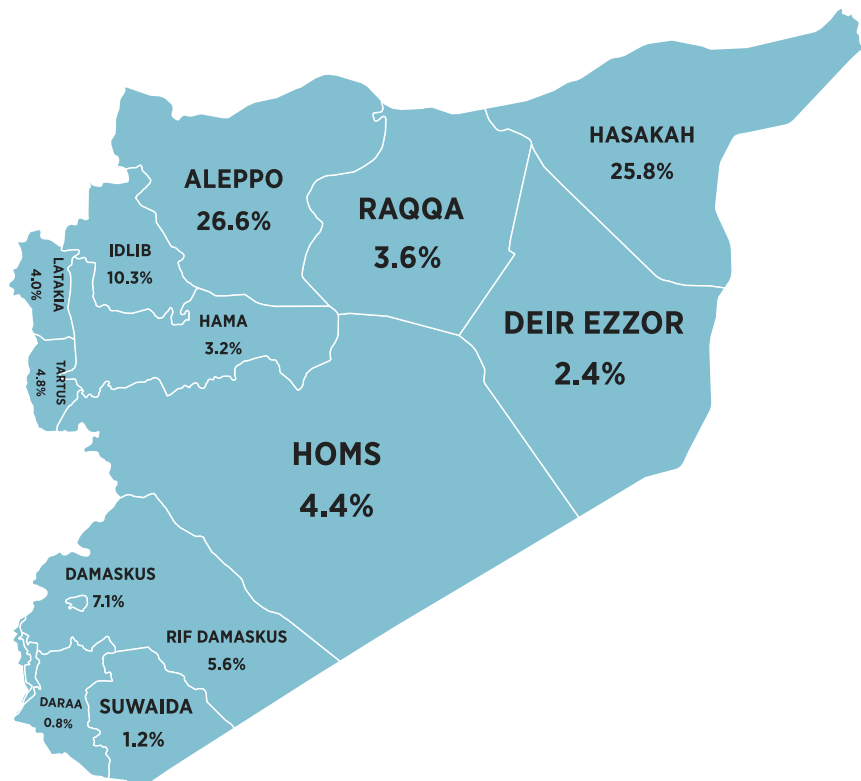
Ergebnisse

Teil I – Hintergrund zur Stichprobe

Insgesamt haben 252 Syrer:innen zwischen 20 und 35 Jahren die Studie vollständig beantwortet, 43 % davon identifizierten sich als männlich und 57 % als weiblich.

Ihr Durchschnittsalter betrug 27,19 Jahre.

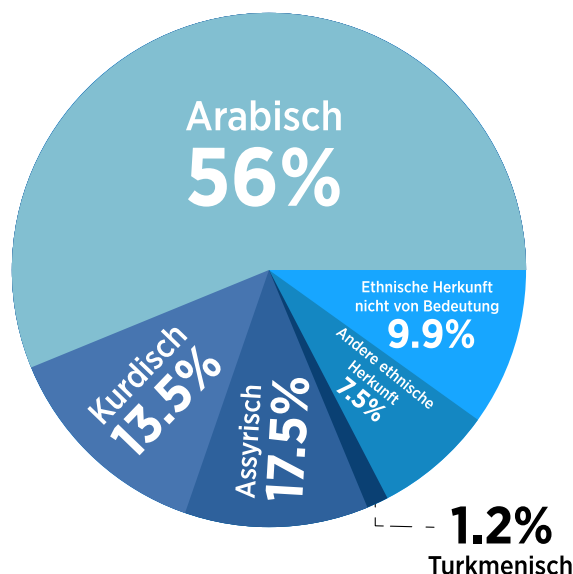
26,6 % der Befragten lebten zum Zeitpunkt der Befragung in Aleppo, 25,8 % in Hasaka, 10,3 % in Idlib, 7,1 % in Damaskus, 5,6 % in Rif Damaskus, der Umgebung um die Hauptstadt, 4,8 % in Tartus, 4,4 % in Homs, 4 % in Latakia, 3,6 % in Raqqa, 3,2 % in Hama, 2,4 % in Deir Ezzor, 1,2 % in Suwaida und 0,8 % in Daraa.



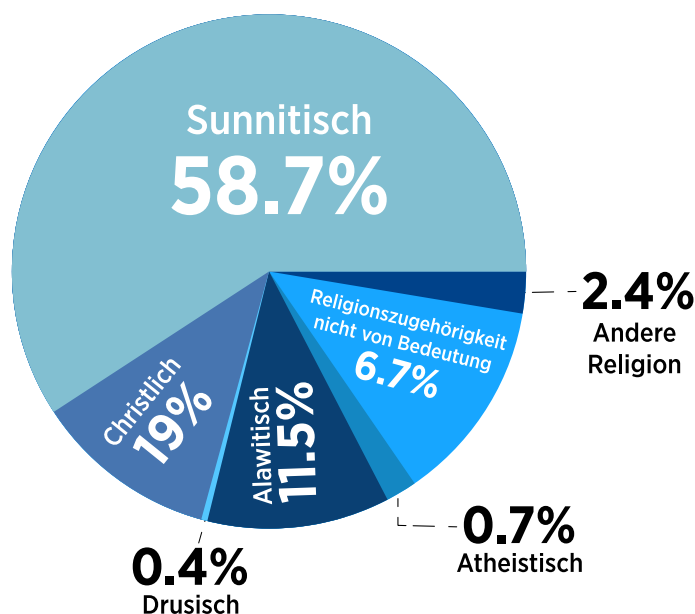
Mit 56 % ist die Mehrheit aller Befragten arabischer Abstammung, gefolgt von 17,5 % Personen assyrischer, 13,5 % Personen kurdischer und 1,2 % Personen turkmenischer Herkunft. 7,5 % gaben eine andere ethnische Herkunft an und 9,9 % erklärten, dass ihre ethnische Herkunft ihnen nicht wichtig sei. Insgesamt sind Assyrier:innen in der Umfrage somit deutlich überrepräsentiert.

90,1 % aller Befragten identifizieren sich als syrisch, 2 % geben an, sich nicht als syrisch zu identifizieren, 1,6 % wissen nicht, wie sie sich identifizieren und für 6,3 %, ist nationale Identität nicht von Bedeutung.

Ethnische Herkunft der Teilnehmer:innen



Religionszugehörigkeit der Teilnehmer:innen



Im Hinblick auf Religion bekennt sich die Mehrheit mit 58,7 % zum sunnitischen Islam, gefolgt von 19 % Christ:innen und 11,5 % Alawit:innen. 6,7 % geben an, dass Religion ihnen nicht wichtig sei und 2,4 % nennen andere Konfessionen. 0,7 % erklären, atheistisch zu sein und 0,4 % benennen sich als drusisch.

Teil II – Politische Beteiligung

Jugendorganisationen

Eine deutliche Mehrheit von 69,4 % der Befragten gibt an, in ihrem Umfeld Zugang zu Jugendorganisationen zu haben. Dabei fällt auf, dass bei einer ähnlichen Anzahl von Befragten in Aleppo 86,6 % und in Hasaka nur 66,2 % der Respondent:innen diesen Zugang bestätigen.

Im Vergleich dazu sind die Zugangszahlen für Damaskus relativ niedrig: Obwohl man dort aufgrund der urbanen Infrastruktur eher mit einer guten Abdeckung durch Jugendangebote rechnen würde, geben lediglich 50 % der Befragten in der Hauptstadt an, Zugang zu Jugendorganisationen zu haben.

Vertretung junger Menschen

Auf die Frage, in welchen Bereichen mehr junge Menschen vertreten sein sollten, erhält der Bildungssektor mit 57,1 % die größte Zustimmung, gefolgt von lokalen politischen Institutionen mit 51,2 %. Insgesamt 47,6 % der Befragten wünschen sich

mehr junge Menschen in Ministerien und 37,7 % im Parlament, sowie 37,3 % in der internationalen Diplomatie. Der Wunsch nach jungen Menschen in Beratungskomitees wird von 28,2 % der Befragten bestätigt und 19,4 % aller Befragten wünschen sich junge Menschen in Spitzenpositionen der Parteien.

Mindestalter von Minister:innen und Abgeordneten

Eine Mehrheit von 62,3 % ist der Meinung, dass das gesetzliche Mindestalter von Minister:innen oder Abgeordneten 30 Jahre betragen solle. Lediglich 20,2 % stimmen für ein Mindestalter von 40 und 15,9 % für ein Mindestalter von 21 Jahren.

Politische Vertretung und Beteiligung

Die Einschätzung der Befragten, inwiefern sie sich von der aktuellen Regierung vertreten fühlen, ergibt auf einer Skala von 1 (schlecht) bis 5 (gut) einen Durchschnittswert von 2,27. Gut bis sehr gut vertreten fühlen sich lediglich 15,5 % aller Befragten.

42,5 % stimmen der Aussage zu, dass junge Menschen an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt sind oder sich auf lokaler Ebene politisch engagieren können, 57,5 % stimmen nicht zu.

Die Provinzen, in denen die meisten jungen Menschen an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt sind oder sich auf lokaler Ebene engagieren, sind Idlib mit 69,2 % und Aleppo mit 49,3 %. In Damaskus liegen die Zahlen bei 44,4 %, und in Hama bei 27,7 %.

Obwohl sich nur 37,7 % aller Befragten aktuell politisch engagieren, geben 73,4 % an, dass sie sich gerne politisch engagieren *würden*. Bei 28,2 % der Befragten besteht kein Interesse an politischer Arbeit.

Insgesamt 38,1 % der Befragten interessieren sich potentiell für Engagement in den Bereichen Bildung und Frauenrechte, gefolgt von 32,1 % in den Bereichen Wirtschaft und Schaffung von Arbeitsplätzen. Jeweils 23,4 % interessieren sich für Gleichberechtigung und Inklusion sowie 22,6 % für die Rechte von Minderheiten und für Kultur. 21,8 % interessieren sich für Gesundheit, 8,7 % für Klimawandel und Nachhaltigkeit, 7,9 % für die Schaffung von Wohnraum und 7,1 % für Finanzen.

TEIL III – Politische Positionen zu demokratischen Prinzipien

Veränderungsbedarf

Im Hinblick auf die angestrebten Veränderungen in Syrien halten 62,7 % die wirtschaftliche Stabilität sowie 61,9 % den Wiederaufbau von Schulen und Universitäten für besonders wichtig. Darauf folgen der Ausbau von Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen (50,4 %), der Schutz von Minderheitenrechten und kultureller Vielfalt (41,3 %), die Förderung von Frauenrechten (28,6 %), die politische Beteiligung von Jugendlichen (26,6 %) sowie ein verstärkter Einsatz für psychische Gesundheit (25 %). 22,2 % befürworten eine Dezentralisierung von Macht, während 15,1 % die Schaffung von mehr Wohnraum als Priorität angeben.

Bedeutung von Grundprinzipien der Demokratie

Die Befragten stufen auf einer Skala von 1 (unwichtig) bis 5 (sehr wichtig) die Verankerung der Menschenrechte in der Verfassung im Durchschnitt mit einer 4,68 ein. Die Bedeutung freier und demokratischer Wahlen wird mit durchschnittlich 4,35, die der Gewaltenteilung mit durchschnittlich 3,81 bewertet.

Politische Institutionen

Bezüglich der Frage, welche Institutionen gestärkt werden sollen, sehen 54,4 % der Befragten bei der Regierung besonderen Bedarf, 53,6 % bei den Medien, 47,2 % beim Verfassungsgericht und 42,9 % beim Parlament.

Vergleichsweise weniger Stimmen erhält die Armee (38,5 %), die Polizei (30,6 %) sowie politische Parteien und das Amt des Präsidenten. Diese Institutionen sollten nach Auffassung von jeweils 26,5 % der Befragten gestärkt werden.

Teil IV – Politische Positionen zu Vielfalt

Herausforderungen für Frauen

Auf einer Skala von 1 (sehr schlecht) bis 5 (sehr gut) bewerten die Befragten die politische Vertretung von Frauen in Syrien mit einem Durchschnittswert von 2,72.

Die Frage nach den größten Herausforderungen, mit denen Frauen in Syrien konfrontiert sind – hier konnten bis zu drei Optionen ausgewählt werden – ergab folgende Ergebnisse:

- 52,7 % – Mangelnde Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen
- 49,1 % – Gewalt und Unsicherheit
- 48,5 % – Sozialer und kultureller Druck durch Familienmitglieder
- 43,8 % – Religiös geprägte Gesetze
- 43,0 % – Geschlechterdiskriminierung am Arbeitsplatz
- 28,2 % – Mangelnde Repräsentanz in Politik und Medien
- 25,6 % – Eingeschränkter Zugang zu Bildung
- 22,8 % – Gesundheit und reproduktive Rechte

Quoten

Im Hinblick auf die Frage, ob syrische Regierungsinstitutionen ein Quotensystem für junge Menschen, Frauen und Minderheiten einführen sollen (Mehrfachnennungen möglich), stimmen 44,4 % der Befragten für ein Quotensystem für Frauen. 35,7 % geben an, keine Meinung zu haben („Ich weiß es nicht“). 33,3 % befürworten ein Quotensystem für junge Menschen und 32,9 % für Minderheiten. 7,5 % lehnen ein Quotensystem gänzlich ab.

Herausforderungen für Minderheiten

55,9 % aller Befragten betrachten die mangelnde Präsenz von Minderheiten in politischen Institutionen als wesentlichste Herausforderung. An zweiter Stelle steht mit 46,1 % Alltagsdiskriminierung, gefolgt von der ungleichen Verteilung von Ressourcen, die von 43,5 % als Herausforderung eingeschätzt wird. 32,4 % der Befragten sehen den geringen Schutz von Sprachrechten, etwa den Mangel an Unterricht in der Muttersprache, als Problem, und 9 % kritisieren einen Mangel an Gebetsstätten.

Sprachrechte für Minderheiten

Insgesamt 75 % aller Teilnehmer:innen stimmen dafür, dass syrische Schulen in Regionen, in denen eine signifikante Anzahl von Menschen lebt, deren Muttersprache nicht Arabisch ist (wie Kurd:innen, Assyrer:innen, Turkmen:innen), Unterricht in mehr als einer Sprache anbieten. Die restlichen 25 % stimmen dagegen.

Des Weiteren stimmen 77,8 % dafür, in diesen Regionen öffentliche Dienstleistun-

gen in zusätzlichen Sprachen zu Arabisch anzubieten. 20,6 % stimmen dagegen.

Namensgebung Syrien

Die Frage, welchen offiziellen Namen Syrien tragen sollte, ergibt ein relativ ausgeglichenes Meinungsbild. 45,2 % bevorzugen den Namen „Syrische Arabische Republik“ und 42,5 % stimmen für „Syrische Republik“. Es gibt 5,2 % Enthaltungen, 6 % schlagen Alternativen wie „Syrien“ vor.

Dezentralisierung

- Die Teilnehmer:innen wurden gefragt, welche Konsequenzen eine potentielle Dezentralisierung in Syrien mit sich bringen könnte. Dabei ergab sich, dass:
- 63,1 % Dezentralisierung als Maßnahme zur Förderung von Frieden sehen,
- 46 % Dezentralisierung mit einer gerechteren Verteilung von Ressourcen verbinden,
- 43,3 % glauben, dass Dezentralisierung zur Bekämpfung von Korruption beiträgt,
- 41,7 % meinen, dass Dezentralisierung die soziale Inklusion stärkt,
- 23 % die Sorge äußern, dass Dezentralisierung zu einem Niedergang der Verwaltung führen könnte,
- 22,2 % Dezentralisierung als Chance für mehr Demokratisierung sehen,
- 15,9 % befürchten, dass Dezentralisierung separatistische Tendenzen begünstigen könnte.

Föderalismus

Die Teilnehmer:innen wurden zudem gefragt, ob Minderheiten wie Kurd:innen, Drus:innen oder Alawit:innen die Möglichkeit haben sollten, in einem selbstverwalteten Gebiet zu leben. 41,3 % der Befragten befürworteten dies, 31,7 % lehnen es ab, und 26,6 % zeigen sich unentschlossen.

Hinsichtlich der Unterschiede zwischen den Provinzen stimmen 28,4 % der Teilneh-

mer:innen in Aleppo und 19,2 % in Idlib für Föderalismus. In Hasaka hingegen sind es 58,5 % und in Tartus 100 % der Befragten, die sich für Föderalismus aussprechen.

Vergleich zwischen den einzelnen Komponenten

Aufgrund der geringen Teilnahme armenischer und turkmenischer Syrer:innen werden im folgenden Teil nur Vergleiche zwischen arabischen, kurdischen und assyrischen Befragten gezogen. Diese ergeben zusammen 86,9 % aller Teilnehmer:innen der Studie.

Politisches Engagement

Aktuell engagieren sich 42,6 % der arabischen, 38,2 % der kurdischen und 20,5 % der assyrischen Teilnehmer:innen politisch. Am häufigsten engagieren sich Personen in Idlib (69,2 %) und in Aleppo (49,3 %). Darüber hinaus geben 83,7 % der arabischen, 85,3 % der kurdischen und 34,1 % der assyrischen Teilnehmer:innen an, sich (zukünftig) politisch engagieren zu *wollen*.

Die Hauptinteressengebiete in Bezug auf politisches Engagement unterscheiden sich über die ethnischen Gruppen hinweg wenig. Frauenrechte werden von Befragten aller drei Gruppen am häufigsten genannt. Bei den arabischen und kurdischen Teilnehmer:innen ist Bildung ein weiteres zentrales Thema, während bei den assyrischen Befragten Kultur eine bedeutende Rolle spielt. Für die kurdischen Befragten stehen Minderheitenrechte und für die arabischen Befragten Wirtschaft und Beschäftigungsmöglichkeiten an dritter Stelle.

Politische Repräsentation

Die Teilnehmer:innen fühlen sich durchschnittlich eher schlecht von der aktuellen Regierung vertreten, wobei es zwischen den Ethnien große Unterschiede gibt. So sind 84,6 % derjenigen, die sich „gut“ und „sehr gut“ vertreten fühlen, Araber:innen.

Gleichzeitig fühlen sich von den arabischen Befragten insgesamt nur 23,4 % gut bis sehr gut vertreten, sowie 2,9 % der kurdischen und 4,5 % der assyrischen Befragten. „Schlecht“ oder „sehr schlecht“ vertreten (≤ 2) fühlen sich 50,4 % der arabischen, 85,3 % der kurdischen und 84,1 % der assyrischen Befragten. Über 90 % der arabischen Befragten, die sich gut oder sehr gut repräsentiert fühlen, sind Sunnit:innen.

Vielfalt innerhalb der Regierung

Die Vertretung von Personen unterschiedlichen Alters, Geschlechts und ethnischer Zugehörigkeit in der Regierung stuft knapp die Hälfte aller Befragten (45,5 %) mit einer ≤ 2 , also schlecht bis sehr schlecht, ein. Insgesamt 27,7 % aller arabischen, 64,7 % aller kurdischen und 63,6 % aller assyrischen Befragten geben dies an.

Als gut bis sehr gut (≥ 4) wird die Vielfalt innerhalb der Regierung von 31,9 % der arabischen, 11,8 % der kurdischen und lediglich 6,8 % der assyrischen Befragten bewertet.

Veränderungsbedarf

Angehörige aller Komponenten sind sich einig, dass die größten Veränderungen in den Bereichen wirtschaftliche Stabilität und Wiederaufbau der Schulen und Universitäten notwendig sind. Mehr wirtschaftliche Stabilität finden 46,1 % der arabischen, 64,7 % der kurdischen und 70,5 % der assyrischen Befragten wesentlich, den Wiederaufbau der Schulen und Universitäten 66 % der arabischen, 50 % der kurdischen und 61,4 % der assyrischen Respondent:innen.

Unter den arabischen Teilnehmer:innen haben zudem Verbesserungen im Bereich Berufsausbildung für junge Menschen eine hohe Priorität, für kurdische und assyrische Teilnehmer:innen sind Verbesserungen hinsichtlich der Rechtslage für Minderheiten und der Schutz der kulturellen Vielfalt wesentlich. Unter den Kurd:innen stimmt außerdem ein Großteil (44,1 %) für eine Dezentralisierung der Macht.

Bedeutung von Grundprinzipien der Demokratie

Demokratische Prinzipien wie Wahlen, Gewaltenteilung und Menschenrechte werden von Angehörigen aller Komponenten häufig als „wichtig“ oder „sehr wichtig“ bezeichnet (4 und 5 auf einer Skala von 1–5). Im Einzelnen ergeben sich die folgenden Ergebnisse:

Freie und demokratische Wahlen sind „wichtig“ oder „sehr wichtig“ für

- 77,3 % der arabischen,
- 79,4 % der kurdischen und
- 86,4 % der assyrischen Befragten.

Gewaltenteilung ist „wichtig“ oder „sehr wichtig“ für

- 53,9 % der arabischen,
- 70,6 % der kurdischen und
- 50 % der assyrischen Befragten

Die Verankerung der Menschenrechte in der Verfassung halten für „wichtig“ oder „sehr wichtig“

- 92,2 % der arabischen,
- 82,4 % der kurdischen und
- 95,5 % der assyrischen Befragten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass Angehörigen aller drei Gruppen die Verankerung von Menschenrechten besonders wichtig ist. Dies ist angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen unter dem Baath-Regime nicht überraschend.

Betrachtet man religiöse Kategorien, fällt auf, dass Alawit:innen mit 86 % diejenigen sind, denen Gewaltenteilung am wichtigsten ist. Dies ist bei 53 % der Christ:innen und 53 % der Sunnit:innen der Fall.

Politische Institutionen

Rund die Hälfte aller Befragten, 54,4 %, spricht sich für eine Stärkung der Regierung aus. Ähnlich sieht es in den drei Untergruppen aus: 57,4 % der arabischen, 56,8 % der assyrischen und 50 % der kurdischen Befragten stimmen für eine Stärkung der Regierung.

Eine Stärkung der Medien halten rund 53,6 %, der Befragten für wesentlich. Bei den arabischen Befragten sind es 44,7 %, bei den Kurd:innen 73,5 % und bei den Assyrer:innen 65,9 %.

Für eine Stärkung des Präsidentenamtes votieren die wenigsten Teilnehmer:innen: 26,5 %. Innerhalb der arabischen Gruppe sind es 32,6 %, bei den Assyrer:innen 27,3 % und bei den Kurd:innen nur 5,9 %.

Bezüglich der Frage, welche Institutionen gestärkt werden sollen, sehen 54,4 % der Befragten bei der Regierung besonderen Bedarf, 53,6 % bei den Medien, 47,2 % beim Verfassungsgericht und 42,9 % beim Parlament.

Vergleichsweise weniger Stimmen erhält die Armee (38,5 %), die Polizei (30,6 %) sowie politische Parteien und das Amt des Präsidenten. Diese Institutionen sollten nach Auffassung von jeweils 26,5 % der Befragten gestärkt werden.

Frauenrechte

Als Antwort auf die Frage, wie gut Frauen in Syrien politisch vertreten sind, geben 34,5 % aller Teilnehmer:innen „schlecht“ an, bewerten also die Situation auf einer Skala von 1–5 (sehr schlecht – sehr gut) im Durchschnitt mit einer 2.

Während unter den arabischen Befragten eine relativ gleichmäßige Verteilung von Positionen festzustellen ist, was die Beurteilung der politischen Repräsentation von Frauen anbelangt, sind Kurd:innen und Assyrer:innen polarisierter:

39 % aller Araber:innen, 76,5 % der Kurd:innen und 47,7 % der Assyrer:innen bewerten die politische Vertretung von Frauen als „schlecht“ bis „sehr schlecht“. Als „mittelmäßig“ hingegen schätzen 28,4 % der arabischen Teilnehmer:innen, 8,8 % der Kurd:innen und 15,9 % der Assyrer:innen diese ein. Als „gut“ bis „sehr gut“ wird die Vertretung von Frauen schließlich von immerhin 32,6 % der arabischen Befragten, 14,7 % der kurdischen und 34,1 % der assyrischen Teilnehmer:innen eingeschätzt. Somit bewerten die kurdischen Befragten die politische Vertretung von Frauen in Syrien am schlechtesten (76,5 %), d. h. knapp doppelt so viele Kurd:innen im Vergleich zu arabischen Teilnehmer:innen (39 %) halten die politische Repräsentation von Frauen für schlecht oder sehr schlecht.

Herausforderungen für Frauen

Im Hinblick auf die wichtigsten Herausforderungen für Frauen in Syrien sind die Meinungsunterschiede zwischen den ethnischen Gruppierungen weniger deutlich. Unter den arabischen, kurdischen und assyrischen Teilnehmer:innen herrscht Konsens, dass die größte Herausforderung die mangelnde Repräsentation von Frauen in Führungspositionen ist.

Von allen Befragten wird zudem der soziale und kulturelle Druck seitens der Familie und der Gesellschaft als Herausforderung genannt – bei den arabischen Befragten sind es 48,9 %, bei den kurdischen Befragten 47 % und bei den Assyrer:innen 45,5 %. Gleichzeitig ist die Zahl der kurdischen und assyrischen Befragten, die religiös geprägte Gesetze als Herausforderung begreifen, mit 64,7 % und 52,3 % deutlich höher als bei den arabischen Befragten, hier sind es nur 33,3 %.

Quoten

Quoten für die Beteiligung von Frauen wünschen sich

- 39 % der arabischen,
- 67,6 % der kurdischen und
- 36,4 % der assyrischen Teilnehmer:innen.

Quoten für junge Menschen möchten

- 28,4 % der arabischen,
- 50 % der kurdischen und
- 34,1 % der assyrischen Teilnehmer:innen.

Quoten für Minderheiten halten

- 17 % der arabischen,
- 61,8 % der kurdischen, und
- 38,6 % der assyrischen Teilnehmer:innen für notwendig.

Kurd:innen sprechen sich somit in allen Kategorien am stärksten für Quotierung aus. Unter den Assyrer:innen befürworten etwa gleich viele Personen – ein gutes Drittel – die verschiedenen Quotenmodelle, während unter den arabischen Befragten deutliche Unterschiede bestehen: Fast 40 % unterstützen eine Frauenquote, jedoch nur 17 % eine Quote für Minderheiten.

Sprachrechte für Minderheiten

94,1 % der kurdischen Teilnehmer:innen und 88,6 % der assyrischen Teilnehmer:innen stimmen für Unterrichtssprachen zusätzlich zu Arabisch an Schulen in Gebieten, in denen eine Mehrheit der Bevölkerung eine andere Muttersprache als Arabisch spricht. Unter den arabischen Teilnehmer:innen stimmen 66 % dafür.

68,8 % der arabischen Teilnehmer:innen sind für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen in Sprachen zusätzlich zu Arabisch in Gebieten mit sprachlichen Minderheiten. Unter den Kurd:innen sind es 100 % und unter den Assyrer:innen 84,1 %.

Namensgebung Syrien

91,2 % der Befragten, die „Syrische Arabische Republik“ als offiziellen Namen wählen, sind arabische Befragte, was 73,8 % der gesamten arabischen Teilnehmer:innen entspricht. Unter den kurdischen Befragten wählte niemand diese Bezeichnung, bei den Assyrer:innen waren es zwei Personen, außerdem 5 % derjenigen, die ihre ethnische Herkunft nicht angeben.

Dezentralisierung

63,5 % aller Befragten geben an, dass Dezentralisierung förderlich für den Frieden ist. Auf die einzelnen Komponenten heruntergebrochen handelt es sich um 59,6 % aller arabischen, 79,4 % aller kurdischen und 61,4 % aller assyrischen Teilnehmer:innen.

22,6 % aller arabischen Befragten sind der Meinung, dass Dezentralisierung zu Separatismus führt. Diese Meinung vertreten 8,8 % aller kurdischen und 6,8 % der assyrischen Befragten.

Dass Dezentralisierung zu einer gerechteren Verteilung von Ressourcen führen kann, geben 37,6 % der arabischen, 64,7 % der kurdischen und 50 % der assyrischen Befragten an.

Föderalismus

27 % aller arabischen, 82,4 % der kurdischen und 38,6 % der assyrischen Befragten geben an, dass Minderheiten die Möglichkeit haben sollten, auf eigenen Wunsch in einer selbstverwalteten Region zu leben.

Hinsichtlich der Angehörigen unterschiedlicher Religionen ist festzustellen: 27,5 % der sunnitischen, 29 % der christlichen und 100 % der alawitischen Befragten sind pro Föderalismus.

Auffällig ist, dass fast 96 % der in Hasaka lebenden Kurd:innen – 64,7 % der Gesamtzahl der befragten Kurd:innen – Föderalismus in Syrien unterstützen. In Aleppo sprechen sich lediglich 63,6 % der dort lebenden Kurd:innen, also 20,6 % der insgesamt befragten Kurd:innen, für föderale Strukturen aus.

Ergebnisauswertung und Ausblick

Die Ergebnisse der Studie zeigen zum einen, dass junge Menschen unabhängig von

ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit viele Positionen teilen. So sind sich Angehörige aller Komponenten einig, dass die größten Veränderungen in den Bereichen wirtschaftliche Stabilität und Wiederaufbau der Schulen und Universitäten notwendig sind. Betrachtet man die Zahlen genauer, sind die Zustimmungswerte dennoch recht unterschiedlich: Wirtschaftliche Stabilität finden 46,1 % der arabischen, 64,7 % der kurdischen und 70,5 % der assyrischen Befragten wesentlich, den Wiederaufbau der Schulen und Universitäten 66 % der arabischen, 50 % der kurdischen und 61,4 % der assyrischen Befragten. Aus unserer Studie lässt sich nicht ableiten, weshalb der Unterschied insbesondere zwischen arabischen und assyrischen Befragten in Bezug auf wirtschaftliche Stabilität und Wiederaufbau so hoch ist. Denkbar wäre, dass dies mit sozioökonomischen Faktoren zu tun hat, die im Rahmen unserer Untersuchung nicht erhoben wurden.

Übereinstimmungen finden sich auch in Bereichen, die demokratische Grundwerte betreffen: Die Zustimmungswerte zu demokratischen Wahlen, Gewaltenteilung und der Verankerung von Menschenrechten in der Verfassung betragen innerhalb aller ethnischen Gruppen nie weniger als 50 % und bis 95,5 %. Dies ist – betrachtet man die Transformation Syriens hin zu einem demokratischen Staat – ein Wert, der optimistisch stimmen kann. Auch hier gibt es allerdings durchaus Unterschiede: So finden 50 % der assyrischen, 53,9 % der arabischen und 70,6 % der kurdischen Befragten Gewaltenteilung „wichtig“ oder „sehr wichtig“, wir haben es demnach mit Unterschieden von bis zu 20 % zu tun. Im Rahmen der in unserer Studie erhobenen Daten ist es nicht möglich, diese Abweichungen zu erklären.

Gleichzeitig gibt es Hinweise, dass die Unterschiedlichkeit bestimmter Positionen mit der ethnischen, respektiv konfessionellen Herkunft der Befragten zusammenhängen könnte. So kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass viele junge Menschen sich nicht gut von der Übergangsregierung repräsentiert fühlen: Nur 15,5 % aller Befragten fühlen sich „gut“ oder „sehr gut“ vertreten. Innerhalb der arabischen Befragten sind dies immerhin noch 23,4 % aller Respondent:innen, während nur 2,9 % der kurdischen und 4,5 % der assyrischen Befragten sich „gut“ oder „sehr gut“ repräsentiert fühlen. „Schlecht“ bis „sehr schlecht“ vertreten fühlen sich 50,4 % der arabischen, 85,3 % der kurdischen und 84,1 % der assyrischen Befragten. Über 90 % der arabischen Befragten, die sich „gut“ oder „sehr gut“ repräsentiert fühlen, sind Sunnit:innen.

Dieses Ergebnis ist zum einen alarmierend, weil nicht einmal ein Viertel der jungen Befragten sich gut oder sehr gut repräsentiert fühlt. In dieser Hinsicht widerspricht unsere Studie den Ergebnissen der weiter oben zitierten Untersuchung von ETANA aus dem Mai 2025, die deutlich höhere Zufriedenheitswerte mit der Regierungsführung unter Ahmed Al-Sharaa ermittelt. Hier sind 86 % aller Sunnit:innen zufrieden

mit der Art und Weise, in welcher er die Übergangsphase bisher organisiert hat – und immerhin noch 40 % aller anderen Personen. Zudem weist die Studie auf die besondere Zufriedenheit junger Menschen hin: 76 % aller Personen zwischen 18 und 30 Jahren sind zufrieden, während die Zufriedenheitswerte aller anderen Altersgruppen geringer ist. Sie liegt zwischen 65 % und 69 % – mit 69 % bei der zweitjüngsten Alterskohorte, den Befragten zwischen 31 und 45 Jahren. Eine Überschneidung zu unserer Studie findet sich insofern, als auch ETANA zufolge vor allem Sunnit:innen (81 %) der Auffassung sind, dass die Übergangsregierung ihre Interessen vertritt, aber nur 23 % der Angehörigen der anderen Gruppen.

Sowohl unsere Studie als auch die Umfrage von ETANA weisen somit darauf hin, dass arabische Befragte bzw. Sunnit:innen deutlich zufriedener mit der Übergangsregierung sind als andere Gruppen. Dies könnte damit zusammenhängen, dass ein Großteil der Regierungsmitglieder selbst dieser Gruppe bzw. diesen Gruppen angehört. Andere ethnische respektive konfessionelle Gruppen sind deutlich unterrepräsentiert: Es gibt innerhalb der Regierung nur einen kurdischen Minister sowie eine arabische Christin – Assyrier:innen sind gar nicht vertreten.

Interessant sind zudem die Ergebnisse zur Gewährung von Sprachrechten: 94,1 % der kurdischen Teilnehmer:innen und 88,6 % der assyrischen Teilnehmer:innen stimmen für Unterrichtssprachen zusätzlich zu Arabisch an Schulen in Gebieten, in denen eine Mehrheit der Bevölkerung eine andere Muttersprache als Arabisch spricht. Unter den arabischen Teilnehmer:innen stimmen 66 % für Unterricht in anderen Sprachen als Arabisch. Darüber hinaus stimmen 100 % der Kurd:innen und 84,1 % der Assyrier:innen für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen in Sprachen zusätzlich zu Arabisch in Gebieten mit sprachlichen Minderheiten. Bei den arabischen Befragten sind es 68,8 %. Einerseits sind die Unterschiede hier erheblich – es kann kaum überraschen, dass Personen, die eine andere Familiensprache als Arabisch sprechen, Sprachrechten eine besondere Bedeutung beimessen. Gleichzeitig votieren zwei Drittel aller arabischen Befragten ebenfalls für die Gewährung von Sprachrechten in Regionen mit signifikanten sprachlichen Minderheiten, erkennen also Sprachrechte als legitim an, obgleich sie nicht unmittelbar von diesen profitieren.

Dieses Ergebnis stimmt überein mit Daten, die *The Day After* erhoben hat: Die Aussage „Die gewählten Kommunalräte (Provinzen, Städte oder Gemeinden) haben das Recht, auf lokaler Ebene zusätzlich zum Hocharabischen, der Amtssprache des Staates, Sprachen einzuführen, die der ethnischen Zugehörigkeit oder Nationalität der Bevölkerung ihrer Verwaltungseinheiten entsprechen“ stimmen 19,8 % der arabischen Befragten „voll und ganz zu“, 50,7 % stimmen zu, das heißt, auch hier befürworten über zwei Drittel der Befragten Sprachrechte für Minderheiten. Bei den

Kurd:innen sind es 66,5 % bzw. 25,3 % (The Day After, 2022: 32). Unter Einbezug einer weiteren Studie auf Basis einer anderen Stichprobe kommt *The Day After* daher zu der Schlussfolgerung, dass „in Syrien generell eine Bereitschaft besteht, auf lokaler Ebene neben Arabisch auch andere Sprachen zu akzeptieren. Diese Zustimmung beschränkt sich nicht auf nicht-arabische Minderheiten, sondern umfasst auch eine große Zahl von Araber:innen, die in verschiedenen Gebieten sowohl innerhalb als auch außerhalb Syriens leben.“ (The Day After, 2022: 33)

Deutlich gespalten entlang ihrer ethnischen Herkunft sind junge Syrer:innen, wenn es um die Frage geht, ob Minderheiten die Möglichkeit haben sollten, auf eigenen Wunsch in einer selbstverwalteten Region zu leben. 82,4 % der kurdischen aber nur 27,0 % aller arabischen und 38,6 % der assyrischen Befragten stehen dieser Idee positiv gegenüber. Die hohe Zustimmungsrates unter der kurdischen Bevölkerung dürfte zum einen die Tatsache widerspiegeln, dass Autonomieforderungen innerhalb der kurdischen Elite bereits seit den 1930er Jahren vertreten werden. Hinzu kommt, dass die kurdische Bevölkerung eine relativ große Gruppe darstellt (Schätzungen gehen von 10 bis 15 % der syrischen Gesamtbevölkerung aus), und zudem relativ kompakt in der Jazira und Kobanî sowie in Afrin siedelt, d. h., von einer oder mehreren autonomen Region(en) tatsächlich profitieren könnte. Dies ist im Fall der deutlich kleineren assyrischen Minderheit, die zudem vergleichsweise zerstreut siedelt, nicht der Fall. Die genauen Gründe, aus denen arabische Syrer:innen skeptisch gegenüber selbstverwalteten Regionen sind, muss an dieser Stelle offenbleiben. Ein konkreter Grund könnten die schlechten Erfahrungen der arabischen Bevölkerung in den bis Januar 2026 von den kurdisch geführten SDF (*Syrian Democratic Forces*) verwalteten, überwiegend arabischen Gebieten im Nordosten Syriens sein (Savelsberg & Hajo 2026).

Diese Skepsis gegenüber selbstverwalteten Regionen bedeutet nicht, dass arabische Befragte Dezentralisierung grundsätzlich ablehnen: 63,5 % aller Befragten geben an, dass Dezentralisierung förderlich für den Frieden ist. Auf die einzelnen Komponenten heruntergebrochen handelt es sich um 59,6 % aller arabischen, 79,4 % aller kurdischen und 61,4 % aller assyrischen Teilnehmer:innen. Auch hier gibt es Übereinstimmungen mit Ergebnissen der Studie von *The Day After*: Der Aussage „Dezentralisierung spielt eine unterstützende Rolle bei der Reduzierung der Schärfe des Konflikts und im Bereich *peace building* auf der lokalen Ebene“ stimmen 77,5 % der Befragten zu („I agree“ oder „I strongly agree“). Laut *The Day After* gibt es hier keine signifikanten Unterschiede, was die ethnische oder konfessionelle Herkunft anbelangt (The Day After, 2022: 21–22)

Als deutlich gespalten entlang ethnischer Marker erweist sich die syrische Jugend auch hinsichtlich der Bezeichnung für Syrien: 91,2 % der Befragten, die „Sy-

rische Arabische Republik“ als offiziellen Namen wählen, sind arabische Befragte, was 73,8 % der gesamten arabischen Teilnehmer:innen entspricht. Gleichzeitig wählt keiner/keine der kurdischen Befragten diese Option. Weshalb die Alternative „Syrische Republik“ für arabische Befragte so wenig attraktiv ist, muss an dieser Stelle offenbleiben. Deutlich wird, dass arabisch-nationalistische Symbolik auch von solchen Personen geschätzt wird, die die multiethnische respektive diverse Identität Syriens an anderer Stelle nicht in Frage stellen.

Insgesamt macht die Studie deutlich, dass eine Differenzierung anhand ethnischer und konfessioneller Zugehörigkeit wichtig ist, um unterschiedliche politische Haltungen junger Syrer:innen zu identifizieren und zu erklären. Die Befürchtung, dass dies zu einer Betonung von Unterschieden und damit zu einer Spaltung der Gesellschaft führt, ist ebenso unbegründet wie kontraproduktiv und unwissenschaftlich. Unbegründet, da über nationale und konfessionelle Grenzen hinaus wichtige Gemeinsamkeiten bestehen. Kontraproduktiv, da das Ignorieren von Differenzen entlang ethnischer und konfessioneller Zugehörigkeiten nicht dazu führt, dass diese sich auflösen. Im Gegenteil können die Differenzen in diesem Fall nicht politisch bearbeitet werden, es ist nicht möglich, Kompromisse zu erarbeiten, die inklusiv wirken können. Schließlich wäre eine solche Ausblendung auch unwissenschaftlich, da aufschlussreiche Erkenntnisse politischen Motiven untergeordnet würden. Gleichzeitig müssen zusätzliche Differenzierungsmerkmale in die Auswertung integriert werden: Neben Wohnort und Geschlecht vor allem auch die sozioökonomische Situation der Befragten. Ansonsten besteht die Gefahr, Positionen zu ethnisieren bzw. zu konfessionalisieren, die andere Ursachen haben. Schließlich wäre es wichtig, politische Konzepte differenzierter abzufragen bzw. klarer zu definieren, um besser erfassen zu können, welche Vorstellungen die Respondent:innen mit den jeweiligen Begrifflichkeiten verbinden. Im Rahmen einer Online-Studie ist dies kaum möglich – stattdessen sollten Interviews vor Ort und von hierfür ausgebildeten Interviewer:innen durchgeführt werden. In diesem Sinne steht eine repräsentative Jugendstudie, die junge Männer und Frauen in ganz Syrien einbezieht, bislang aus.

Anlage I: Fragenkatalog

Teil I – Persönliche Daten

1. Alter
2. Geschlecht
 - männlich
 - weiblich
 - divers
3. Provinz
 - Damascus
 - Rif Dimashq
 - Quneitra
 - Daraa
 - As-Suwayda
 - Homs
 - Tartus
 - Latakia
 - Hama
 - Idlib
 - Aleppo
 - Raqqa
 - Deir ez-Zor
 - Hasaka
 - Sonstiges [...]
4. Identifizieren Sie sich als Syrer?
 - Ja
 - Nein
 - Ich weiß es nicht
 - Nationale Identitäten sind mir nicht wichtig
5. Mit welcher ethnischen Gemeinschaft identifizieren Sie sich?

- Arabisch
- Kurdisch
- Assyrisch
- Armenisch
- Turkmenisch
- Die ethnische Zugehörigkeit spielt für mich keine Rolle
- Sonstiges [...]

6. Bitte geben Sie Ihre religiöse Identität an.

- Sunnitisch
- Alawitisch
- Drusisch
- Christlich
- Yezidi
- Atheist
- Religion ist mir egal
- Sonstiges [...]

7. Was ist Ihr Beruf?

Teil II – Politische Beteiligung

8. Gibt es in Ihrer Umgebung spezielle Jugendorganisationen oder Initiativen?

- Ja
- Nein

9. Wie würden Sie die Vertretung sozialer Gruppen in der Regierung in Bezug auf Alter, Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit usw. bewerten? (Skala von 1–5)

1 = Die Regierungsmitglieder sind überhaupt nicht divers

5 = Die Regierungsmitglieder sind sehr divers

10. Engagieren Sie sich politisch in Syrien? Wenn ja, in welchen Bereichen? (Mehrfachantworten möglich)

- Ja
- Nein

- Bildung
- Finanzen
- Kultur
- Wirtschaft und Beschäftigung
- Klimawandel und Nachhaltigkeit
- Gesundheit (insbesondere psychische Gesundheit)
- Inklusion und Gleichstellung
- Wohnungswesen
- Frauenrechte
- Rechte von Minderheiten

11. Wo würden Sie sich eine stärkere Vertretung junger Menschen wünschen?
(Mehrfachantworten möglich)

- Lokale politische Institutionen
- Parlament
- Ministerien
- Parteiführung
- Bildungswesen
- Beratungsgremien
- Internationale Diplomatie

12. Was sollte Ihrer Meinung nach das Mindestalter für das Amt von
Minister:innen und Abgeordneten sein?

- 18 Jahre
- 21 Jahre
- 30 Jahre
- 40 Jahre

13. Wie gut fühlen Sie sich von der aktuellen Regierung vertreten?
(Skala von 1-5)

1 = Ich fühle mich nicht vertreten

5 = Ich fühle mich sehr gut vertreten

14. Gibt es in Ihrer Gemeinde Vertreter Ihrer Altersgruppe, die sich in der Politik

oder in Entscheidungsprozessen engagieren?

- Ja
- Nein

15. Haben Sie das Gefühl, dass Menschen Ihrer Altersgruppe in der neuen Regierung gut vertreten sind?

- Ja
- Nein

16. Möchten Sie sich politisch engagieren? Wenn ja, für welches Thema? (Mehrfachantworten möglich)

- Ja
- Nein
- Bildung
- Finanzen
- Kultur
- Wirtschaft und Beschäftigung
- Klimawandel und Nachhaltigkeit
- Gesundheit (insbesondere psychische Gesundheit)
- Inklusion und Gleichstellung
- Wohnungswesen
- Frauenrechte
- Rechte von Minderheiten

Teil III – Politische Positionen zu demokratischen Prinzipien

17. Wenn Sie über politische Veränderungen entscheiden könnten, was wären Ihre Prioritäten? (Drei auswählen)

- Wirtschaftliche Stabilität
- Berufsausbildung für Jugendliche
- Politische Teilhabe junger Menschen
- Förderung der psychischen Gesundheit
- Bildung: Wiederaufbau von Schulen und Universitäten
- Rechte von Minderheiten und Schutz der kulturellen

- Vielfalt
 - Frauenrechte
 - Schaffung von Wohnraum
 - Dezentralisierung der Macht
 - Andere:
18. Wie wichtig sind freie, gleiche Wahlen für ein demokratisches Syrien?
(Skala von 1–5)
- 1 = Überhaupt nicht wichtig
5 = Sehr wichtig
19. Wie wichtig ist die Gewaltenteilung? (Skala von 1–5)
- 1 = Überhaupt nicht wichtig
5 = Sehr wichtig
20. Wie wichtig ist die Verankerung der Menschenrechte in der Verfassung?
(Skala von 1–5)
- 1 = Überhaupt nicht wichtig
5 = Sehr wichtig
21. Welche politischen Institutionen sind von besonderer Bedeutung und sollten gestärkt werden? (Mehrfachantworten möglich)
- Parlament
 - Präsident
 - Regierung
 - Verfassungsgericht
 - Polizei
 - Armee
 - Politische Parteien
 - Medien

Teil IV – Politische Positionen zu Vielfalt

22. Glauben Sie, dass Frauen in Syrien politisch gut vertreten sind?
(Skala von 1–5)
- 1 = Überhaupt nicht vertreten

5 = Sehr gut vertreten

23. Wo sehen Sie Herausforderungen für Frauen? (Mehrfachantworten möglich)

- Geschlechterungleichheit am Arbeitsplatz (geschlechtsspezifisches Lohngefälle)
- Unterrepräsentation in Führungspositionen
- Gewalt und Unsicherheit
- Zugang zu Bildung
- Gesundheit und reproduktive Rechte
- Vertretung in Politik und Medien
- Sozialer und/oder kultureller Druck durch Familienangehörige und Freunde
- Religiös geprägte Gesetze

24. Glauben Sie, dass syrische Regierungsstellen ein Quotensystem für junge Menschen, Frauen und Minderheiten benötigen? (Mehrfachantworten möglich)

- Ja, für Frauen
- Ja, für junge Menschen
- Ja, für Minderheiten
- Ich weiß es nicht
- Nein

25. Wo sehen Sie in Ihrem Wohnort Probleme hinsichtlich der Rechte von Minderheiten? (Mehrfachantworten möglich)

- Tägliche Diskriminierung von Angehörigen von Minderheiten
- Ungleiche Verteilung von Ressourcen
- Unterrepräsentation in politischen Institutionen
- Mangel an Gebetsstätten
- Fehlen von Sprachrechten (z. B. fehlender Unterricht in der Minderheitensprache an Schulen)

26. Sind Sie der Meinung, dass syrische Schulen in Regionen, in denen eine bedeutende Anzahl von Angehörigen von Minderheiten mit einer anderen Muttersprache als Arabisch (Kurd:innen, Assyrier:innen, Turkmen:innen) lebt, Unterricht in mehr als einer Sprache anbieten sollten?
- Ja
 - Nein
27. Sind Sie der Meinung, dass die syrische Verwaltung in Regionen, in denen ein bedeutender Teil der Bevölkerung sprachlichen Minderheiten angehört, öffentliche Dienstleistungen in zusätzlichen Sprachen anbieten sollte?
- Ja
 - Nein
28. Welchen Namen würden Sie als offiziellen Namen für Syrien bevorzugen?
- Syrische Arabische Republik
 - Syrische Republik
 - Keine der beiden
 - Ich weiß es nicht
 - Sonstiges [...]
29. Wie wirkt sich Ihrer Meinung nach die Dezentralisierung auf Gesellschaft und Politik aus? (Mehrfachantworten möglich)
- Frieden
 - Soziale Integration
 - Bekämpfung der Korruption
 - Demokratisierung
 - Gerechte Verteilung der Ressourcen
 - Zersplitterung der Verwaltung
 - Separatismus
30. Sind Sie der Meinung, dass Minderheiten wie Kurden, Drusen oder Alawiten die Möglichkeit haben sollten, auf eigenen Wunsch in einem föderalen Gebiet oder unter kurdischer, drusischer oder alawitischer Selbstverwaltung zu leben?
- Ja
 - Nein
 - Ich weiß es nicht

Literaturverzeichnis

Arab Center Washington DC (18. September 2025). *Arab Opinion Index: Syrian Public Opinion Survey 2025*. <https://arabcenterdc.org/resource/arab-opinion-index-syrian-public-opinion-survey-2025/>

Barisch, V. & El-Gamal, A. (2021). *The Syrian Constitutional Committee. Actor Mapping of the Small Body*. Europäisches Zentrum für Kurdische Studien. https://power-sharing-syria.ezks.org/wp-content/uploads/2021/08/Actor-Mapping_FINAL-EN.pdf

Chen, A. & Wells, A. (2019). *Adolescence lost: forced adulthood and a fragile future for Syria's next generation*. Mercy Corps. https://www.mercycorps.org/sites/default/files/2019-11/Adolescence_Lost-Forced_Adulthood_and_a_Fragile_Future_for_Syrias_Next_Generation.pdf

ETANA Syria. (Mai 2025) *Public Opinion on Syria's Transition*. <https://etanasyria.org/survey-public-opinion-on-syrias-transition/>

Hajo, S. & Savelsberg, E. (25. Februar 2026). „Über die Autonome Verwaltung Nord- und Ostsyriens und den Blick nach vorn.“ *Philosophie Magazin*. <https://www.philomag.de/artikel/ueber-die-autonome-verwaltung-nord-und-ostsyriens-und-den-blick-nach-vorn>

INDICATORS & LDO (2019). *Youth Empowerment in Northern Syria Field Research*. <https://ldo-sy.org/wp-content/uploads/2020/03/Youth-Empowerment-in-North-Syria-Brief.pdf>

International Committee of the Red Cross (ICRC) (2021). *A Decade of Loss: Syria's Youth after ten Years of Crisis*. https://www.icrc.org/sites/default/files/document_new/file_list/icrc_report-syria_a_decade_of_loss_en.pdf

Keil, S. & Savelsberg, E., (2025) „Actor Mapping of Inclusive Governance in post-Assad Syria.“ In: Keil, S., Savelsberg, E., Loizides, N., & Chattopadhyay, R. *Pathways to Inclusive Governance in Syria: Balancing Unity and Diversity*. Forum of Federations. <https://www.forumfed.org/document/pathways-to-inclusive-governance-in-syria-balancing-unity-and-diversity/> [Aufsatz/Teilstudie]

Savelsberg, E. & Hajo, S. (2024). *UN-Resolution 2254 – Scheitern vorprogrammiert? Die Geschichte des Syrischen Verfassungsprozesses (2015 bis 2024)*. Europäisches Zentrum für Kurdische Studien. <https://power-sharing-syria>.

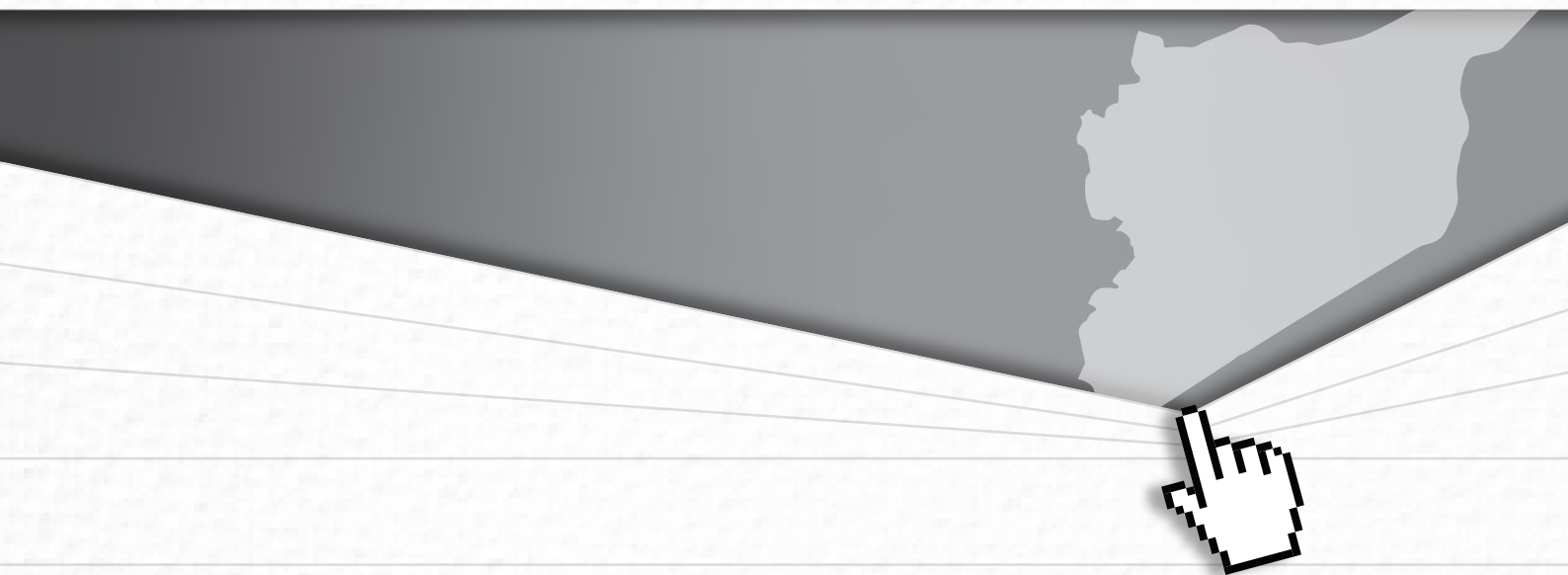
ezks.org/wp-content/uploads/2024/07/DE_UN_Resolution.pdf

The Day After. (2022). *Syrians' Perceptions on the Concept and Implementation of Decentralization*. <https://tda-sy.org/wp-content/uploads/DecentralizationEN.pdf>

World Population Review. (2026, March 25). Syria population 2025. <https://worldpopulationreview.com/countries/syria>

Politische Perspektiven junger Syrer:innen

Eine Analyse der gegenwärtigen politischen Lage mit Schwerpunkt auf
Minderheitenrechte, Dezentralisierung und Demokratisierung



Europäisches Zentrum für Kurdische Studien (EZKS)
Emser Straße 26
Berlin 12051
Germany
mail@kurdologie.de

Design und Layout: Radwan Awad

© Dezember 2025 | Berlin